

A1 Leitantrag: Solidarisch wirtschaften, gerecht besteuern, klimaneutral handeln, für eine Zukunft, die allen gehört!

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 07.11.2025

Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

Antragstext

Unsere Zeit ist geprägt von tiefen Krisen: Klimakrise, soziale Spaltung und wirtschaftliche Unsicherheit. Während wenige Vermögende von Rekordgewinnen profitieren, kämpfen viele Menschen mit steigenden Lebenshaltungskosten und unsicheren Jobs. Gleichzeitig gefährdet die ökologische Zerstörung unsere gemeinsame Lebensgrundlage. Wir als Grüne Jugend Saar sagen klar: Ein Wirtschaftssystem, das Profit über Mensch und Umwelt stellt, hat keine Zukunft. Wir brauchen einen solidarischen, gerechten und ökologischen Wandel, der Wohlstand neu definiert, nicht über Wachstum um jeden Preis, sondern über Lebensqualität, Teilhabe und Nachhaltigkeit.

Solidarisch wirtschaften statt Profite privatisieren

Solidarisches Wirtschaften bedeutet, dass wirtschaftliche Entscheidungen am Gemeinwohl und nicht an kurzfristigen Profiten ausgerichtet werden. Im Saarland heißt das: Wir gestalten den Strukturwandel aktiv, sozial gerecht, ökologisch und demokratisch.

Wir fordern konkret:

Landeseigene Beteiligungsgesellschaft für nachhaltige Transformation: Das Saarland soll eine Saarländische Transformationsagentur gründen, statt nur einen Sonderbeauftragten zu beschäftigen, der der Herausforderung der Aufgabe nicht gerecht wird. Die Betriebe müssen bei der ökologischen Umstellung unterstützt werden, mit Beratung, öffentlicher Beteiligung und finanzieller Förderung, wenn sie soziale und ökologische Standards einhalten.

Förderung regionaler Kreislaufwirtschaft: Statt Wegwerfproduktion setzen wir auf Reparatur, Wiederverwendung und regionale Wertschöpfung. Das Land soll regionale Reallabore aus dem Transformationsfonds fördern, in denen Abfall als Ressource genutzt wird, etwa im Maschinenbau, der Stahlindustrie oder in der Bauwirtschaft. Konkret soll eine Landesweite Reparatur-Bonus-Förderung am Beispiel Thüringens eingeführt werden (z. B. bis 100 € Zuschuss pro Reparatur von Elektrogeräten).

Ausbau der Gemeinwohlökonomie im Saarland: Öffentliche Förderungen am Beispiel der SIKB sollen an Gemeinwohlbilanzen gekoppelt werden. Die öffentliche Investitionsförderungsbank verankert eine Gemeinwohlprüfung in ihren Förderprogrammen: Punkte für ökologische, soziale und mitbestimmte Unternehmensführung. Unternehmen, die faire Löhne zahlen, Ressourcen schonen und demokratisch organisiert sind, sollen bevorzugten Zugang zu Fördermitteln bekommen.

Rückführung zentraler Infrastruktur in öffentliche oder genossenschaftliche Hand: Energie, Wasser und ÖPNV gehören zur Daseinsvorsorge. Wir fordern, dass das Land gemeinsam mit Kommunen öffentliche Stadtwerke und

39 Energiegenossenschaften stärkt und weiter ausbaut. Wichtig ist außerdem eine
40 verbindliche Deckelung für die privaten Anbieter. Vor allem bei der
41 klimafreundlicheren Fernwärme muss ein Energiekostenwucher verhindert werden.

42 Faire Arbeitsbedingungen in der Transformation: Bei öffentlichen Aufträgen muss
43 gelten: Tariflohn, Mitbestimmung und Klimaverträglichkeit sind Pflicht. Das
44 Saarland kann hier über eine ambitionierte Novelisierung des Landesvergabegesetz
45 klare Standards setzen. Gelingen kann das durch einen Kontrollmechanismus über
46 eine neue „Vergabestelle für Nachhaltigkeit“ im Wirtschaftsministerium und eine
47 Verpflichtende jährliche Berichterstattung im Landtag über soziale und
48 ökologische Wirkung öffentlicher Aufträge.

49 Solidarische Landwirtschaft und regionale Ernährung: Wir wollen eine
50 Landwirtschaft, die ökologisch, tiergerecht und sozial ist. Das Land soll
51 Kooperationen zwischen Landwirtinnen, Kommunen und Verbraucherinnen (z. B.
52 solidarische Landwirtschaft, regionale Lieferketten) aktiv fördern. Als Maßnahme
53 sollen landeseigene Flächen vorrangig an ökologische und solidarische Betriebe
54 verpachtet werden.

55 Soziale Innovationsförderung: Start-ups, die ökologische oder soziale Probleme
56 lösen z. B. Energieeffizienz, nachhaltige Mobilität oder soziale Teilhabe,
57 sollen durch ein „Green & Social Start-up Programm Saar“ gezielt unterstützt
58 werden. Wichtig ist hier die Kooperation mit Hochschulen und
59 Wirtschaftsfördergesellschaften zur Vernetzung von nachhaltigen Gründungen und
60 zur Gewährleistung, dass diese Innovationen im Saarland verankert bleiben.

61 Solidarisches Wirtschaften im Saarland heißt, dass niemand durch den Wandel
62 zurückgelassen wird. Wir wollen ein Land, das nicht nur Industrieregion ist,
63 sondern Vorreiter für eine klimagerechte, demokratische und faire Wirtschaft.

64 Steuergerechtigkeit für eine gerechte Zukunft

65 Die Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation braucht Mut zur
66 Umverteilung. Es ist ungerecht, dass Großkonzerne und Superreiche Steuertricks
67 nutzen, während Beschäftigte und kleine Betriebe die Hauptlast tragen.

68 Wir fordern:

69 Wiedereinführung einer Vermögenssteuer: Für eine gerechte Beteiligung der
70 Reichsten an der Finanzierung der Zukunft. Schließung von Steuerschlupflöchern
71 und konsequente Bekämpfung von Steuervermeidung und -flucht.

72 Ökologische Steuerreform, die klimaschädliches Verhalten unattraktiv macht und
73 nachhaltiges Handeln belohnt. Dabei wollen wir gesamtgesellschaftlich denken mit
74 einer Klimadividende für Bürger*innen. Ein Teil der Einnahmen aus CO₂-Preis und
75 Energieabgaben wird als Klimaprämie pro Kopf ausgezahlt und das nach Einkommen
76 sozial gestaffelt. Das Geld muss die Erreichen der unter den Folgen der
77 Transformation und des Klimawandels am meisten leiden.

78 Mehr Investitionen in Bildung, Klima- und Sozialpolitik: Finanziert durch
79 gerechte Steuern statt durch Kürzungen.

80 Klimaschutz als Grundlage für Gerechtigkeit

- 81 Klimaschutz ist keine Zusatzaufgabe, sondern die Voraussetzung für soziale
82 Gerechtigkeit. Wer heute in Klimaschutz investiert, schützt die Lebensgrundlagen
83 kommender Generationen, auch im Saarland.
- 84 Wir setzen uns ein für:
- 85 Einen sozial gerechten Strukturwandel im Saarland, der Arbeitsplätze sichert und
86 neue schafft, in erneuerbaren Energien, nachhaltiger Mobilität und
87 Kreislaufwirtschaft.
- 88 Eine klimagerechte Industriepolitik, die ökologische Innovationen fördert statt
89 fossile Abhängigkeiten verlängert.
- 90 Energie als Gemeingut: Dezentral, erneuerbar, demokratisch organisiert,
91 Bürgerenergie statt Konzernmacht. Wichtig dafür ist unter anderem ein
92 Landesbeteiligungsprogramm für Bürgerenergie. Kurzum, das Land stellt
93 Startkapital bereit, damit Bürger*innen und Kommunen Genossenschaften für Wind-
94 und Solarprojekte gründen können.
- 95 Solidarität ist Klimaschutz und Klimaschutz ist Gerechtigkeit !
- 96 Wir kämpfen für eine Wirtschaft, die nicht auf Kosten anderer funktioniert,
97 weder auf Kosten der Umwelt, noch auf Kosten globaler Gerechtigkeit. Die sozial-
98 ökologische Transformation gelingt nur, wenn sie solidarisch gestaltet wird.
- 99 Wir als Grüne Jugend Saar fordern:
- 100 • Ein Ende der fossilen Subventionen und einen sozial gerechten CO₂-Preis.
 - 101 • Eine saarländische Wirtschaftspolitik, die lokale Wertschöpfung,
102 ökologische Innovation und soziale Verantwortung verbindet.
 - 103 • Eine klare Haltung gegen Kürzungspolitik, denn Zukunft lässt sich nicht
104 kaputtsparen.
- 105 Wir wollen eine Gesellschaft, in der niemand Angst vor dem Monatsende haben muss
106 und niemand Angst vor der Zukunft des Planeten. Wir wollen Solidarität statt
107 Konkurrenz, Gemeinwohl statt Profitlogik, Klimagerechtigkeit statt Klimakrise.
108 Wir sind die Generation, die Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zusammendenkt,
109 solidarisch, feministisch und radikal ökologisch.

A2 Haushalt 2024 - 2027

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 11.11.2025
Tagesordnungspunkt: 4. Finanzen

Antragstext

- 1 Haushalt für die Verbandsjahre 2024 bis 2027.

Begründung

Erfolgt vor Ort

	2024 – Ist	2025 – Soll	2025 – Ist zum 01.11.2025	2026 – Soll	2027 - Plan
<i>Titel</i>	<i>Betrag in €</i>	<i>Betrag in €</i>	<i>Betrag in €</i>	<i>Betrag in €</i>	<i>Betrag in €</i>
Vortrag	3.774,84	5.809,98	7.557,08	13.000,00	15.750,18
<u>Einnahmen</u>					
RPJ-Mittel (2 Teile)	3.927,00	3.927,00	1.963,50	1.963,50	0,00
Mitgliedsbeiträge	694,42	600,00	615,75	600,00	600,00
Mandatsträgerabgabe Dillschneider	0,00	0,00	600,00	1.200,00	1.200,00
Fördermitglieder	66,68	66,68	0,00	66,68	66,68
Zuschuss Partei	10.750,00	10.000,00	10.880,00	10.000,00	15.000,00
Spenden	0,00	0,00	1.945,00	0,00	0,00
Sonstiges	175,00	0,00	23,05	0,00	0,00
Zwischensumme Einnahmen	15.613,10	14.593,68	16.027,30	13.830,18	16.866,68
<u>Ausgaben</u>					
Verwaltung					
Miete Landesgeschäftsstelle	1.895,04	2.400,00	2.000,00	2.400,00	2.400,00
Bankgebühren	122,75	120,00	100,00	130,00	130,00
Personalkosten und Büro	3.441,66	6.500,00	3.570,46	1.000,00	4.000,00
Politische Arbeit					
Aktionen d. politischen Bildung	473,81	2.100,00	205,00	750,00	750,00
Landesmitgliederversammlungen	999,95	1.500,00	488,23	1.200,00	1.200,00
Landesaktiventreffen	408,41	<i>eingerechnet</i>	121,02	500,00	500,00
CSD SaarLorLux	984,09	<i>eingerechnet</i>	1.681,75	1.500,00	1.750,00
Awareness	0,00	0,00	0,00	250,00	50,00
Kampagne/ Wahlkampf	1.463,94	1.500,00	538,53	250,00	1.000,00
Vorstandsarbeit	394,81	250,00	0,00	150,00	150,00
Social Media	0,00	0,00	1.500,00	1.000,00	2.500,00
Merchandise	0,00	150,00	0,00	200,00	400,00
Bildungsmittel	470,20	400,00	440,40	475,00	475,00
Mitgliedschaften	350,00	325,00	300,00	325,00	325,00
Fahrtkosten und Unterkünfte	808,58	850,00	712,76	850,00	1.000,00
Sonstiges	17,62	200,00	76,90	100,00	100,00
Zwischensumme Ausgaben	11.830,86	15.970,00	11.735,05	11.080,00	16.730,00
Saldo	3.782,24 €	-1.376,32	4.292,25	2.750,18	136,68
Guthaben Bank zum 31.12	7.557,08	4.433,66	<i>ausstehend</i>	15.750,18	15.886,86

A3 Für eine nachhaltige, komfortable und gerechte Mobilität im Saarland

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 12.11.2025

Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

Antragstext

Das Saarland steht beim Thema nachhaltige Mobilität vor großen Herausforderungen. Trotz kleiner Fortschritte beim Ausbau des ÖPNV und der Fahrradinfrastruktur ist das Land weiterhin stark vom Auto abhängig. Unzuverlässige Verbindungen, fehlende Informationen über Ausfälle und Verspätungen sowie lange Bauzeiten auf wichtigen Strecken untergraben das Vertrauen vieler Menschen in Bus und Bahn. Viele Orte sind nur unzureichend an den öffentlichen Nahverkehr angebunden, besonders abends, nachts und am Wochenende. Zugleich sind Bahnhöfe und Haltestellen oft in einem schlechten Zustand. Wer unfreiwillig wegen Verspätungen und Ausfällen viel Zeit an Haltestellen verbringt, sollte sich wenigstens setzen können. Schutz vor Sonne, Regen und Wind, Toiletten und ausreichende Beleuchtung sollten an jedem Bahnhof vorhanden sein. Bisher wirken diese Orte allerdings abschreckend und unsicher, anstatt Aufenthaltsqualität zu bieten.

Auch die Verbindung der verschiedenen Verkehrsmittel, etwa sichere Fahrradstellplätze an Bahnhöfen, Mitnahme Gelegenheiten für Fahrräder in der Bahn oder Ladesäulen für Elektroautos, ist vielfach unzureichend ausgebaut. Insbesondere muss es Menschen leicht gemacht werden, vom Auto zum Zug zu wechseln, durch ausreichende und günstige oder kostenlose Parkplätze an Bahnhöfen.

Während Städte wie Saarbrücken erste Fortschritte beim Ausbau von Radwegen machen, ist weiterhin kein sicheres, flächendeckendes Radverkehrsnetz vorhanden. Gerade in ländlichen Regionen müssen Radfahrende oft auf die Landstraße ausweichen.

All das zeigt: So kann es nicht bleiben. Eine moderne, nachhaltige Mobilität muss allen Menschen ermöglichen, sich sicher, bequem und klimafreundlich fortzubewegen, unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben.

Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Saar beschließt, sich für eine nachhaltige, sichere und sozial gerechte Mobilität einzusetzen. Ziel ist es, den öffentlichen Nahverkehr und den Radverkehr zu stärken, die Verkehrsmittel besser miteinander zu verknüpfen und Mobilität für alle Menschen zugänglich und attraktiv zu gestalten.

1. Verkehrsmittel besser verknüpfen

An Bahnhöfen und Busbahnhöfen sollen umfassende Parkmöglichkeiten für Autos und Fahrräder geschaffen werden, die möglichst kostenfrei oder zumindest günstig sind, damit das Umsteigen zwischen Verkehrsmitteln einfach und verlässlich funktioniert. Fahrradstellplätze in Form von Fahrradboxen müssen außerdem in ausreichender Zahl vorhanden und digital reservierbar sein.

2. Attraktive Bahnhöfe und Haltestellen schaffen

Bahnhöfe und Haltestellen sollen zu Orten werden, an denen man sich gerne aufhält. Dazu gehören ausreichend Sitzgelegenheiten, Toiletten, Wetterschutz, freies WLAN sowie eine gute, helle Beleuchtung. Auch die Gestaltung des Umfelds

42 spielt eine wichtige Rolle: Aufenthaltsmöglichkeiten und Orte zum Zusammensitzen
43 in der Nähe von Bahnhöfen können das soziale Leben vor Ort fördern und das
44 Sicherheitsgefühl stärken.

45 3. ÖPNV-Angebot ausbauen und verlässlich machen

46 Der öffentliche Nahverkehr muss auch zu Randzeiten funktionieren. Nachtbusse und
47 Nachtverbindungen sollen im gesamten Saarland ausgebaut werden, insbesondere am
48 Wochenende. Eine Reduzierung der Taktung an Wochenenden ist kontraproduktiv und
49 sollte vermieden werden.

50 Gleichzeitig braucht es einen transparenten Umgang mit Langzeitbaustellen:
51 Informationen über Dauer, Auswirkungen und Alternativen müssen klar und leicht
52 zugänglich kommuniziert werden.

53 4. Bessere digitale Information und Kommunikation

54 Zuverlässige, aktuelle Informationen sind entscheidend für die Akzeptanz des
55 ÖPNV. Fahrgäste sollen in Echtzeit über Verspätungen, Ausfälle und Störungen
56 informiert werden, sowohl bei Bahn- als auch bei Busverbindungen. Darüber hinaus
57 sollen digitale Systeme Informationen über freie Parkplätze, verfügbare
58 Fahrradboxen und besonders störungsanfällige Strecken bereitstellen. So wird
59 Mobilität planbarer und komfortabler.

60 5. Den Radverkehr konsequent fördern

61 Der Radverkehr muss endlich als gleichwertiger Bestandteil des Verkehrssystems
62 verstanden werden. Dafür braucht es ein sicheres, durchgehendes Netz aus baulich
63 getrennten Radwegen, das Städte und Gemeinden miteinander verbindet. Zusätzlich
64 soll ein landesweites Radfernwegenetz geschaffen werden, das auch touristische
65 und regionale Ziele berücksichtigt.

66 Innerhalb von Städten sollen Tempo-30-Zonen zum Regelfall werden, um die
67 Sicherheit zu erhöhen, den Verkehr zu beruhigen und die Lebensqualität zu
68 steigern.

69 6. E-Mobilität sozial gerecht gestalten

70 Die Förderung der Elektromobilität darf nicht nur Menschen mit privater
71 Ladeinfrastruktur zugutekommen. Deshalb braucht es deutlich mehr öffentliche
72 Ladesäulen in Wohngebieten, insbesondere dort, wo keine eigene Lademöglichkeit
73 besteht. Auch temporäre Parkplätze, etwa auf Supermarkt- oder
74 Einkaufszentrumsflächen, sollten mit Ladepunkten ausgestattet werden, um E-
75 Mobilität im Alltag praktischer und inklusiver zu machen.

76 7. Mehr Sicherheit und Präsenz an Bahnhöfen

77 Die Bundespolizei soll von den ineffektiven Grenzkontrollen abgezogen werden, um
78 sich wieder stärker dem Sichern der Bahnhöfe widmen zu können. Sicherheit,
79 Beleuchtung und Präsenz von Personal sind zentrale Voraussetzungen, damit sich
80 Menschen auch abends und nachts ohne Angst fortbewegen können.

Begründung

Eine echte Verkehrswende im Saarland ist überfällig. Derzeit ist nachhaltige Mobilität oft unpraktisch, unsicher und schlicht unattraktiv. Wer klimafreundlich unterwegs sein möchte, stößt auf viele Hürden: unzuverlässige Verbindungen, fehlende Informationen, unkomfortable Bahnhöfe und gefährliche Radwege.

Doch Mobilität ist mehr als nur Fortbewegung, sie ist eine soziale Frage. Nur wenn Bus, Bahn, Fahrrad und E-Mobilität für alle Menschen nutzbar und erschwinglich sind, kann die Verkehrswende gelingen. Sie muss Sicherheit, Komfort und Verlässlichkeit bieten, nicht nur als

A4 Union und SPD greifen rechtsstaatliches Instrument an - Pflichtanwaltliche Vertretung in Abschiebehaftverfahren darf nicht abgeschafft werden!

Antragsteller*in: Santino Klos

Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

Antragstext

- 1 Die noch von der Ampel-Koalition im Bund auf den Weg gebrachte Einführung einer
- 2 anwaltlichen Pflichtvertretung in Abschiebehaftsachen (vgl. § 62d AufenthG)
- 3 wollen CDU/CSU und die SPD wieder rückabwickeln. Wir lehnen das entschieden ab
- 4 und kritisieren dieses Vorhaben scharf!
- 5 SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP kamen damals einer langjährigen Forderung von
- 6 Verbänden und Organisationen nach. Die Regelung ist deshalb wichtig, weil die
- 7 Fehlerquote bei genau diesen Abschiebehaftsachen sehr hoch ist.
- 8 Im Saarland steigt die Zahl der ausreisepflichtigen Personen, die in
- 9 Abschiebehaft genommen wurden. Das Konzept der Abschiebehaft ist unmenschlich
- 10 und gehört abgeschafft. 2024 wurden doppelt so viele Menschen in Abschiebehaft
- 11 gesteckt als im vorangegangenen Jahr. Über zwei Millionen Euro kostete die Praxis
- 12 das Saarland, das keine eigenen Plätze vorhält, sondern diese bei den Ländern
- 13 Rheinland-Pfalz und Hessen mietet. Teilweise mussten sogar Menschen aufgrund
- 14 einer überlangen Verfahrensdauer wieder aus der Abschiebehaft entlassen werden.
- 15 Union und SPD wollen die Situation der Menschen, die diese unmenschliche Härte
- 16 trifft, noch verschlechtern!
- 17 Für uns ist klar: Abschiebehaft gehört abgeschafft und die Rechte von
- 18 Geflüchteten gehören gestärkt!
- 19 Besonders perfide ist das Vorhaben der Koalition aus Union und SPD im Bund, weil
- 20 viele Entscheidungen in Abschiebehaftsachen oft rechtswidrig sind. Die hohe
- 21 Fehlerquote ergibt sich aus einer Statistik des Rechtsanwalts Peter Fahlbusch,
- 22 der seit 2001 Statistik über die von ihm vertretenen Abschiebungshaftmandate
- 23 führt. Seine Fallstatistik zeigt: Über die Hälfte der Menschen, die er in
- 24 Abschiebehaftsachen vertrat, waren rechtswidrig inhaftiert. Erfolgsquoten von
- 25 Klagen gegen Abschiebehaftsachen betragen bis zu 89 Prozent.
- 26 Dieses Rechtsstaatliche Instrument wird als Ideologie verunglimpft, zugunsten
- 27 Rechtsextremer und Rechter Menschenfeinde. Wir sagen: Rechtsstaatliche
- 28 Instrumente sind keine Ideologie!

A5 Geschäftsordnung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 11.11.2025
Tagesordnungspunkt: 1.4 Abstimmung über die Geschäftsordnung

Antragstext

- 1 GESCHÄFTSORDNUNG
- 2 der Landesmitgliederversammlungen der Grünen Jugend Saarland
- 3 §1 Präsidium
- 4 1. Der Landesvorstand schlägt der Landesmitgliederversammlung (LMV) ein
- 5 Präsidium vor. Dieses bereitet die LMV in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand
- 6 vor.
- 7 2. Zu Beginn der LMV entscheiden die Anwesenden in offener Abstimmung über
- 8 diesen Vorschlag.
- 9 3. Die Mitglieder des Präsidiums vereinbaren untereinander, wer die LMV leitet
- 10 und wann eine Ablösung in der Sitzungsleitung erfolgt.
- 11 §2 Tagesordnung
- 12 Die Versammlung beschließt zu Beginn der LMV die Tagesordnung. Die LMV kann
- 13 jederzeit Verhandlungsgegenstände mit einfacher Mehrheit in die Tagesordnung
- 14 aufnehmen und von der Tagesordnung absetzen, in ein anderes Gremium verweisen
- 15 sowie Tagesordnungspunkte vorziehen oder zurücksetzen. Dringlichkeits- und
- 16 Rückholanträge bedürfen einer 2/3-Mehrheit.
- 17 §3 Anträge
- 18 1. Alle Anträge außer Geschäftsordnungsanträge müssen elektronisch in
- 19 Antragsgrün oder über die Landesgeschäftsstelle eingereicht werden.
- 20 2. Über den weitergehenden (Änderungs-)Antrag ist zuerst abzustimmen. Auf Antrag
- 21 können Anträge auch gegeneinander oder in anderer Reihenfolge abgestimmt werden.
- 22 3. Geschäftsordnungsanträge sind schriftlich zu stellen. Sie sind sofort zu
- 23 behandeln.
- 24 4. Abstimmungen erfolgen grundsätzlich offen. Gezählt werden nur Stimmen, die
- 25 durch klares Zeigen der Stimmkarte erfolgen. Eine namentliche oder geheime
- 26 Abstimmung wird auf Antrag von mehr als einem Drittel der anwesenden Mitglieder
- 27 durchgeführt. Der Antrag auf geheime Abstimmung geht dem Antrag auf namentliche
- 28 Abstimmung vor.
- 29 §4 Redebeiträge
- 30 1. Jedes Mitglied hat Rederecht.
- 31 2. Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen. Die Meldung muss Namen und
- 32 Kreisverband des betreffenden Mitglieds enthalten.
- 33 3. Die Redelisten werden nach Bekanntgabe des Präsidiums eröffnet. Das Präsidium
- 34 führt getrennte Redelisten (FINTA*/offen) in ausgeloster Reihenfolge. Wenn es
- 35 der Debatte dient, können gesetzte Redebeiträge vorgesehen werden. Das Präsidium
- 36 kann, wenn es der Debatte dient, dem Landesvorstand unabhängig von der Redeliste
- 37 das Wort erteilen. Auf Antrag kann die Zahl der Redebeiträge erhöht werden.
- 38 4. Überschreitet ein:e Redner:in die Redezeit, wird nach einer Ermahnung durch
- 39 das Präsidium das Wort entzogen.
- 40 5. Persönliche Erklärungen sind nur am Ende eines Tagesordnungspunktes zulässig.

41 Ein:e Redner:in darf dabei nicht zur Sache sprechen, sondern nur persönliche
42 Angriffe zurückweisen oder eigene Ausführungen berichtigen.

43 §5 Redezeiten

44 1. Das Präsidium macht der Versammlung zu Beginn des Tagesordnungspunktes unter
45 Berücksichtigung von Absatz 2 einen Vorschlag für die Redezeiten. Diese können
46 durch Antrag verändert werden. Die Redezeiten können für unterschiedliche
47 Anträge, Positionen oder Listenplätze unterschiedlich sein. Eine Änderung der
48 Redezeiten für einen Antrag, Position oder Listenplatz ist unzulässig, sobald
49 ein:e Redner:in dazu gesprochen hat.

50 2. In der Regel werden folgende Redezeiten vorgesehen:

- 51 1. Pro Antrag 1 Einbringungs- und 1 Gegenrede von max. 5 Minuten.
- 52 2. Pro Änderungsantrag 1 Einbringungs- und 1 Gegenrede von max. 3 Minuten.
- 53 3. Pro Geschäftsordnungsantrag 1 Einbringungs- und 1 Gegenrede von max. 1
54 Minute.
- 55 4. Für alle Parteiämter oder Delegiertenplätze eine Redezeit von 5 Minuten.
- 56 5. Für Aussprachen 2 Beiträge/Fragen mit 3 Minuten Redezeit.

57 §6 Sonstiges

- 58 1. Stimmkarten und Wahlzettel sind sorgsam zu behandeln und nicht
59 unbeaufsichtigt zu lassen. Für Stimmkarten ist ein Ersatz ausgeschlossen.
- 60 2. Stimmkarten und Wahlzettel sind nicht weiterzugeben.
- 61 3. Das Präsidium übt das Hausrecht aus.
- 62 4. Soweit Gesetze oder Satzung dem nicht entgegenstehen, kann die LMV mit einer
63 2/3-Mehrheit im Einzelfall von Bestimmungen dieser Geschäftsordnung abweichen.

64 Begründung

65 Diese Geschäftsordnung soll auch für alle zukünftigen LMV Anwendung finden.

66 Erläuternd:

67 Geschäftsordnungsanträge sind Anträge, die keine inhaltlichen Themen betreffen,
68 sondern den Ablauf des Parteitages beeinflussen. Insbesondere sind das Anträge:
69 zur Änderung der Tagesordnung, insbesondere das Hinzufügen oder Streichen von
70 TOPs, sowie das verändern der Reihenfolge der TOPs. Ein Antrag, einen bereits
71 abgeschlossenen TOP erneut zu behandeln oder abzustimmen, ist ein so genannter
72 Rückholantrag.

73 zur Veränderung der Abstimmungsreihenfolge oder -modalität. Beispielsweise
74 Anträge in einer anderen Reihenfolge abzustimmen, Anträge gegeneinander
75 abzustimmen, erst ein Stimmungsbild einzuholen oder in sonst einer Art und Weise
76 die Abstimmung anders zu gestalten. Es kann auch beantragt werden, geheim oder
77 namentlich (statt offen) abzustimmen.

78 zur Vertagung, Verweisung oder Nichtbehandlung von Anträgen, wenn diese an einem
79 anderer LMV, in einem anderen Gremium oder gar nicht behandelt werden sollen.

80 zur Änderung der Redezeiten oder der Anzahl der Redebeiträge. Die Redezeit pro
81 Redner:in kann verlängert oder verkürzt werden und es können mehr (bzw. weniger,
82 wenn mehr vorgesehen sind) Redebeiträge insgesamt vorgesehen werden. Es können
83 auch mehr oder weniger (oder überhaupt) Fragen zugelassen werden.